

## Griechenland im Zentrum der europäischen Krisenherde: Eine aktuelle Bestandsaufnahme

Ein Mitgliedstaat, mit dem die Europäische Union (EU) voraussichtlich noch über eine längere Zeitspanne hinweg konfrontiert sein wird, welcher allerdings in den Jahren 2016 und 2017 stark in den Hintergrund gerückt wurde, ist Griechenland. Dort kumulieren nämlich die derzeit großen Krisen Europas. Seit dem Jahr 2015 sieht sich das Land mit außerordentlich hohen Flüchtlingszahlen konfrontiert.<sup>1</sup> Täglich erreichen unzählige Flüchtlinge von der Türkei aus die griechischen Inseln und damit auch die EU.<sup>2</sup> Hinzu kommt das noch immer ungelöste Schuldenproblem des Landes. Durch den beschlossenen EU-Austritt Großbritanniens („Brexit“) am 23. Juni 2016 als erster Mitgliedstaat in der inzwischen 60-jährigen Bestehensgeschichte der Union sowie die aufsehenerregenden nationalen Wahlergebnisse im Jahr darauf in den Niederlanden, Frankreich, Deutschland und Österreich, hat es den Anschein, als ob sich nun ein kleines historisches Zeitfenster aufgetan hätte, welches die Europäer nutzen sollten, um eine dringend notwendige Neudefinition des europäischen Projektes vorzunehmen. Ein wichtiger Aspekt hierbei sollte auch das „Sorgenkind Griechenland“ sein.

Im Hinblick auf die zu analysierende Thematik gilt es, zwei Fragen genauer in den Blick zu nehmen: Wie stellt sich nach knapp acht Jahren ununterbrochener „Depression“ der griechischen Wirtschaft die aktuelle Lage in Griechenland dar, und was hat sich in den Beziehungen zur EU, der das Land seit 1981 angehört, und vor allem zu den zwei zentralen EU-Akteuren Deutschland und Frankreich, zwischenzeitlich geändert?

### Die „Griechenland-Krise“

Griechenlands Weg aus der Krise hat sich als langwierig und steinig erwiesen. Im Jahr 2017 betrug die Staatsverschuldung des Landes geschätzt rund 326 Milliarden Euro.<sup>3</sup> Der schnell entstandene Wohlstand im kleinen Hellas zu Beginn des neuen

Jahrhunderts – mit dem Euro-Beitritt im Jahr 2001 – war im Grunde genommen eine Seifenblase, die aufgrund der einseitigen Ausrichtung auf privaten Konsum und Importe schnell platzte. Folglich waren die erheblichen strukturellen Defizite in der Wirtschaft des Landes binnen kürzester Zeit nicht mehr zu übersehen. Hohe Verwaltungskosten bei zugleich unverhältnismäßig niedrigen Steuereinnahmen führten zu einer enormen Auslandsverschuldung, die allerdings erst im Jahr 2009, im Zuge der globalen Wirtschaftskrise öffentlich wurde. Die folgende Staatsschuldenkrise ließ in relativ kurzer Zeit die Arbeitslosigkeit in Griechenland enorm ansteigen, während der Binnenmarkt zusammenbrach. Ein Ergebnis der danach eingeführten Austeritätspolitik war die Radikalisierung bzw. die Umorientierung der griechischen Gesellschaft, wobei traditionelle Werte und jahrzehntelang etablierte Lebensmuster plötzlich infrage gestellt wurden.<sup>4</sup>

Griechenland hat seit dem Jahr 2009 mehr als ein Viertel seiner Wirtschaftskraft verloren. Ein prägnantes Beispiel zur Veranschaulichung der Gesamtsituation ist die Teilzeitbeschäftigung, welche vor der Krise ein eher unbekannter Begriff, und hauptsächlich unter Studierenden verbreitet war. Laut einer Statistik der staatlichen Rentenkasse EFKA (= „Einheitlicher Träger für Sozialversicherung“), arbeitet jedoch inzwischen fast jeder dritte griechische Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft in Teilzeit<sup>5</sup>. Mit einer Quote von 20,5 Prozent (Stand: September 2017)<sup>6</sup> ist die Arbeitslosigkeit in Griechenland weiterhin so hoch wie in keinem anderen Euroland. Dasselbe gilt auch für die Jugendarbeitslosigkeit, welche im November 2017 bei besorgniserregenden 39,5 Prozent lag. Der internationale Druck, vor allem gegen Steuersünder vorzugehen, ist weiterhin groß, jedoch ist im sogenannten Land der Hellenen die Steuerhinterziehung immer noch ein weit verbreitetes Phänomen und tendenziell um einiges höher als in anderen EU-

Ländern. Das Athener Forschungsinstitut diaNEOsis schätzt, dass jährlich Steuern in Höhe von sechs bis neun Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung des Landes hinterzogen werden.<sup>7</sup> Zwar hat Griechenland in den vergangenen Jahren mehrere Reformen in diesem Bereich verabschiedet, doch bislang reichte dies nicht aus, um dem Problem Herr zu werden.

Allmählich zeigt das wirtschaftliche Klima in Griechenland jedoch erste Anzeichen einer lang herbeigesehnten Erholung und die massiven Sparanstrengungen des Landes scheinen endlich Früchte zu tragen: Nach knapp acht Jahren der Dauerkrise stellte die EU nun das Defizitverfahren gegen Athen ein. Mit Hilfe von etlichen Sparanstrengungen, Renten- und Arbeitsmarktreformen, die von den Euro-Partnern im Gegenzug für bislang drei Rettungsprogramme verlangt wurden, kam das Land im vergangenen Jahr auf einen Haushaltsüberschuss von 0,7 Prozent. Die Regierung in Athen erwartet für das Jahr 2017 einen Primärüberschuss von 2,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). Die Erholung Griechenlands bleibt jedoch weiterhin äußerst fragil, denn gemessen am guten Geschäft, von dem immer öfter die Rede ist, fallen die erhofften Steuererlöse nach wie vor ernüchternd aus. Für Branchenkenner ist dies ein klares Anzeichen dafür, dass weiterhin Steuern hinterzogen werden. Des Weiteren, hat Griechenland eine ausgesprochen bürokratische Struktur, die es nicht leicht macht ein Unternehmen zu gründen und es noch viel schwieriger gestaltet, ein Unternehmen zu schließen. All diese Beispiele sind nur ein kleiner Teil der strukturellen Bedingungen, die bereits in naher Zukunft verändert werden müssten.

Trotz der vielfältigen und andauernden Probleme, gibt es in einem Bereich auch durchaus positives zu berichten, nämlich in der blühenden Tourismusbranche. Der Tourismus ist ein wesentlicher Bestandteil der Identität Griechenlands und in der Zwischenzeit profitiert jeder vierte

Griechenland direkt oder indirekt vom Tourismusgeschäft.<sup>8</sup> Dies hat mehrere Gründe: Im vormals sehr beliebten Nachbarland, der Türkei, führt momentan die autokratische Haltung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan zu einer nicht zu unterschätzenden Reduzierung der Touristenzahlen – und nordafrikanische Länder wie Ägypten und Tunesien werden immer noch als zu unsicher eingestuft. Genau davon profitiert Griechenland momentan. Es mag zwar ein relativ armes EU-Land sein, aber als „gefährlich“ ist es bisher nicht in Erscheinung getreten. Laut Angaben des griechischen Tourismusministeriums, sind im Jahr 2015 etwa 20.000 Chinesen nach Griechenland gereist. Seitdem chinesische Großinvestoren ihr Interesse für das Land zum Ausdruck gebracht haben, treibt die Regierung in Athen die Zusammenarbeit auch im Tourismusbereich voran – bis hin zu Direktflügen in die griechische Hauptstadt. Chinas aktuelle Investitionen in Griechenland sind sicherlich nicht zu unterschätzen: Die Volksrepublik baut bekanntlich einen neuen Handelskorridor – eine moderne Seidenstraße nach Europa – und im Rahmen dessen erwarb die Reederei COSCO, welche zu den Giganten der Containerschiffahrt zählt, im Jahr 2016 für 280 Millionen Euro mit 51 Prozent die Anteilsmehrheit am Hafen von Piräus. Von dort aus führen Bahnverbindungen über den Balkan nach Mittel- und Osteuropa. Weitere Prozente sollen in den nächsten Jahren noch hinzukommen und somit ist der Hafen vorerst in chinesischer Hand.

Gemäß den Vorhersagen der Europäischen Kommission, wird Griechenland 2017/2018 unter der EU-Vorgabe von maximal 3 Prozent Defizit bleiben. Das dritte Rettungspaket für Griechenland (mit einem Gesamtvolumen von 86 Milliarden Euro) läuft noch bis August 2018. Es beruht, wie auch seine Vorgänger, auf dem Prinzip, dass Griechenland Kredite aus Mitteln des Euro-Krisenfonds (ESM) erhält, sobald das Land die mit den Kreditgebern über die Programmlaufzeit von drei Jahren vereinbarten Reformen umgesetzt hat. Die Einstellung und das Vertrauen der griechischen Bevölkerung gegenüber der EU und ihren Institutionen sind als ambivalent zu bezeichnen – mit einer Tendenz zu einer

immer weiter sinkenden Zustimmung, vor allem für die weitere Mitgliedschaft des Landes in der Eurozone. Der ehemalige griechische Finanzminister Georg Papakonstantinou (Regierung Papandreu), schildert in seinem im Jahr 2016 erschienenen Buch *„Game Over: The Inside Story of the Greek Crisis“* die Eurokrise treffend als Weckruf an ganz Europa, eine seiner größten Errungenschaften zu verteidigen und seine Konstruktionsfehler zu korrigieren.<sup>9</sup> Gänzlich unumstritten ist jedoch allein die Tatsache, dass die Eurozone durch die griechische Krise nicht mehr das ist, was sie bis zum Jahr 2010 noch war. Ob diese Entwicklung als positiv oder negativ zu bewerten ist, wird sich womöglich erst in der Zukunft zeigen.

#### Griechenlands Beziehungen zu Frankreich

Frankreichs neuer Präsident ist in der Tat kein Mann der kleinen Gesten. Ganz im Gegenteil: Emmanuel Macron hat eine Schwäche für große Symbole und für Reden, die zu Herzen gehen. Zumindest in einem Punkt war man sich daher bislang einig: Wenn es ihm nicht gelingt, wieder neuen Enthusiasmus bei den Europäern zu wecken, dann schafft es wohl so schnell kein anderer europäischer Staats- und Regierungschef. Macron inszeniert sich gern als Kontrapunkt zu Angela Merkel und deren Sparpolitik und erweckt nicht den Eindruck, als ob er vorhabe, die Assistentenrolle bei der Verwaltung Europas einzunehmen. Er agiert vielmehr auf Augenhöhe – und im Gegensatz zu den Deutschen, sind die Franzosen in Griechenland weiterhin beliebt. Es überwiegt die Hoffnung, Emmanuel Macron könnte sich als ausreichendes Gegengewicht zur „strengen“ Angela Merkel erweisen. Zugegebenermaßen fühlen sich die Griechen traditionell mehr zum französischen Teil der deutsch-französischen Achse hingezogen, u.a. auch aufgrund oft überlappender Ansichten in europäischen Angelegenheiten. Frankreich selbst verstößt ebenfalls seit Jahren gegen die Euro-Stabilitätskriterien und befürwortete – im Gegensatz zu anderen EU-Staaten wie Deutschland oder Österreich – Schuldenerleichterungen für Griechenland sowie einen Verbleib des „Sorgenkindes“ in der

Eurozone. Es herrschte die Ansicht, dass ohne eine solche Zusage die griechische Regierung nicht in der Lage wäre, die von den Geldgebern verlangten Sparbeschlüsse erfolgreich durch das Parlament zu bringen.

Anfang September 2017, bei seinem Staatsbesuch in der griechischen Hauptstadt Athen, welche als Wiege der westlichen Zivilisation bezeichnet wird, beschwor Macron die Werte der Demokratie und der europäischen Idee und rief zu einer „Neugründung Europas“ auf. Die Europäer stünden demnach vor einer wichtigen Wahl: entweder so zu tun, als ob nichts passiert wäre, oder Europa durch eine „radikale Grundsatzkritik“ neu zu erfinden. Gleichzeitig wiederholte er als überzeugter Proeuropäer seine Forderung nach einem eigenen Budget für die Eurozone, einem eigenen EU-Finanzminister und einer europäischen Regierung, die über die Verteilung des Budgets entscheidet und damit auch demokratisch kontrolliert. Macron bezeichnete die Griechenland-Krise als „Krise Europas und der Demokratie“, die letztlich zu einem gegenseitigen Vertrauensverlust geführt habe.<sup>10</sup> In Bezug auf Deutschland betonte er (wie auch einige Tage später, Ende September 2017 bei seiner Rede an der Universität Sorbonne in Paris), die Bundesrepublik sei nach wie vor, ein äußerst wichtiger Partner für Frankreich, könne jedoch den Kurs nicht mehr allein vorgeben. Sein Besuch in Athen war letztendlich weit mehr als nur ein reiner Sympathiebeweis. Emmanuel Macron forderte alle Europäer auf, offen zu debattieren und mitzuentcheiden, wie die EU in Zukunft aussehen sollte: eine Vision von *En Marche*, die sich von Frankreich auf ganz Europa erstreckt. Macrons Reise wurde auch als Zeichen des Vertrauens hinsichtlich der griechischen Wirtschaft empfunden, die gerade einen zaghaften Aufschwung erlebt. Seiner Ansicht nach, ist der Neustart Griechenlands eng mit dem Neustart der Eurozone verknüpft. Macron hat Investitionen versprochen und das französische Interesse am Tourismus und der Energiewirtschaft ist durchaus vorhanden: Der Energiekonzern „Total“ fördert mit einem Konsortium Öl und Gas im Ionischen Meer; der Mischkonzern

„Suez“ bekundete Interesse an der Wasserversorgung von Athen und Thessaloniki und ein internationales Konsortium unter französischer Beteiligung hat erst kürzlich die Rechte am zweitgrößten griechischen Hafen in Thessaloniki übernommen. Paris wird von den Griechen, im Gegensatz zu Berlin, weiterhin als wohlwollender Investor wahrgenommen. So wurde Macrons Besuch in der griechischen Hauptstadt insbesondere durch Medien und in Regierungskreisen als Bestätigung der Wirtschaftswende in Richtung Wachstum dargestellt.

### Griechenlands Beziehungen zu Deutschland

Die Bundesrepublik Deutschland ist der EU-Mitgliedstaat, welcher von Anfang an am engsten mit der Griechenland-Krise in Verbindung gebracht wurde, vor allem aufgrund seiner Rolle als wichtiger Kreditgeber. Für die überwältigende Mehrheit der Griechen sind die deutsche Führungsrolle sowie der Sonderstatus des Landes innerhalb der EU unerwünscht und werden oftmals sogar als Diktat aufgefasst. Die Beziehungen zwischen den beiden Ländern waren auch in der Vergangenheit des Öfteren angespannt und es werden immer wieder Stimmen laut, die behaupten, Deutschland verdiene im Rahmen der Griechenland-Krise beachtliche Geldsummen. Dies liege an den Zinsen, welche die Griechen zu zahlen haben, auch auf Kredite, die ihnen von Berlin als Krisenhilfe zugestanden wurden. Doch selbst, wenn Berlin - im Gegensatz zu den griechischen Behauptungen - von keinen hohen Gewinnen profitieren konnte, gewonnen wurde trotzdem, wenn auch in einer abstrakteren Art und Weise, und zwar in Gestalt der Sicherheit im Sinne eines stabilen Euro.

Der Schuldenstand Griechenlands liegt bei rund 180 Prozent des BIP und damit weit jenseits einer Höhe, die von Ökonomen als tragfähig für das Land angesehen wird. Die griechische Regierung verlangt einen weiteren Schuldenschnitt, und im Laufe des Jahres 2018 soll erneut darüber diskutiert werden. Die deutsche Regierung beharrt zwar auf einer Beteiligung des Internationalen Währungsfonds (IWF)

am Kreditprogramm, schließt jedoch die geforderten Schuldenerleichterungen bislang aus. Trotz allem, ist das Verhältnis der beiden Länder zueinander nicht ausschließlich auf Fragen zum Thema „Schulden und Finanzen“ beschränkt. Kunst, Kultur und vor allem der Tourismus verbinden Berlin und Athen schon seit vielen Jahren. Derzeit führt Deutschland die Gruppe der Griechenland-Urlauber mit mehr als drei Millionen jährlich an<sup>11</sup> und auch umgekehrt gibt es Interessantes zu berichten: Der Großteil der jungen Griechen wandert seit Beginn der Krise vor allem nach Deutschland aus, um sich dort eine bessere Zukunft aufzubauen. Somit hat die griechische Diaspora in der Bundesrepublik zum ersten Mal seit den Sechziger- und Siebzigerjahren zahlenmäßig wieder erstaunlich zugenommen.

Auf politischer Ebene ist die deutsche Einstellung gegenüber dem krisengeplagten Land inzwischen auch milder geworden, angesichts der vitalen Interesse der Bundesrepublik an einer erfolgreichen europäischen Integration. Durch die Machtverschiebung innerhalb der EU in den letzten Jahren und dem daraus resultierenden Machtzuwachs für die Bundesrepublik ist allerdings ein Erstarren historischer Ressentiments gegenüber Deutschland zu erwarten, welches politisch noch größeren Widerhall finden wird. Sein dritter Staatsbesuch – nach Paris und Straßburg – führte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier daher auch in die griechische Hauptstadt. Damit wollte Berlin Signale der Stabilität und Wertschätzung senden und Kunst zur Brücke über politische und wirtschaftliche Verwerfungen machen. In Athen sprach Steinmeier mit dem griechischen Präsidenten Prokopis Pavlopoulos u. a. über die Zukunft der EU und über Griechenlands erhebliche Bedeutung für die erfolgreiche Bewältigung der Flüchtlingskrise. Anders als sein Amtsvorgänger Joachim Gauck, stellte Steinmeier seinerseits jedoch klar, dass die immer wieder aufkommende Frage nach Weltkriegsreparationen für Deutschland erledigt sei. Eine Tatsache, die zukünftig mit hoher Wahrscheinlichkeit zu zusätzlichen Unstimmigkeiten zwischen den beiden Ländern führen wird.

### Schlussfolgerungen

Das „Land der Hellenen“ ist zwar unumstritten ein Land mit enormem Potenzial, doch überbordende Bürokratie, ein aufgeblasener Staatsapparat, Steuerflucht und Vetterwirtschaft sind die Hauptgründe, weshalb das Land bereits jahrzehntlang an seiner Fortentwicklung gehindert wird. Notwendige Reformen sind meist inadäquat oder werden ineffizient implementiert. Griechenland ist außerdem ein Land der großen Widersprüche: Trotz der andauernden Krise gehört das hoch verschuldete Land – zusammen mit Estland – zu den zwei EU-Ländern, die mehr als zwei Prozent des BIP für ihr Militär ausgeben und somit auch das von der NATO vorgegebene Zwei-Prozent-Ziel erreichen. Die konstant hohen Verteidigungsausgaben werden hauptsächlich mit Blick auf das Nachbarland Türkei begründet. Diese wird in Griechenland als größte regionale Sicherheitsbedrohung wahrgenommen, vor allem aufgrund der seit dem Jahr 1974 andauernden türkischen Besetzung Nordzyperns und der Territorialstreitigkeiten in der Ägäis, welche die bilateralen Beziehungen schon seit Jahrzehnten belasten.

Auf nationaler Ebene wären für Griechenland daher folgende Punkte zu beachten:

- ★ eine radikale Verbesserung des wirtschaftlichen und geschäftlichen Umfeldes, um dadurch für (ausländisches) Investitionskapital und neue Technologien wieder an Attraktivität zu gewinnen;
- ★ das Vorantreiben umgehender und nachhaltiger Lösungen für Probleme, die mit der Leistungsfähigkeit und Integrität des öffentlichen Sektors in Verbindung stehen;
- ★ das Erkennen der Notwendigkeit für weitere tiefgreifende administrative Reformen ebenso wie ein Auflockern der Sparmaßnahmen, damit das Land zu Kreditwürdigkeit zurückkehren kann;
- ★ das Herausarbeiten von praktischen und zeitsparenden Lösungen, um die Modernisierung der Infrastruktur des Landes ebenfalls erfolgreich voranzutreiben.

Um jedoch all die erforderlichen Reformen glaubwürdig umzusetzen, müssten diese von der griechischen Regierung selbst ersonnen werden, welche letztendlich auch die volle politische Verantwortung für deren Umsetzung tragen sollte – im Gegensatz zur bisherigen Vorgehensweise während der Krise, in der Griechenland meist klagte, durch die Vorgaben der Geldgeber zum Handeln gezwungen zu sein.

Auf internationaler Ebene könnte Griechenland in erster Linie aufgrund seiner besonderen geografischen Lage (in unmittelbarer Nähe der entstehenden Migrationsströme sowie als direkter Nachbar der Türkei) als wichtiger Stabilitätsanker in der Region fungieren.

Griechenland kann sich im Moment keine allzu lange Atempause leisten, da das Land sich nicht nur weiterhin mit einer finanziellen Krise, sondern nunmehr auch mit einer humanitären Krise konfrontiert sieht – sowie auch mit einer Regierung, die bei den Reformen schwächelt und bislang kein nachhaltig funktionierendes Renten- und Sozialsystem aufbauen konnte. Somit ist auch der Premierminister und einstige Hoffnungsträger Alexis Tsipras, der vormals frischen Wind in Griechenlands politisches Leben brachte, aufgrund der Nicht-Einhaltung der Mehrheit seiner Versprechen für viele seiner früheren Wähler(innen) zur Enttäuschung geworden. Tsipras und seine SYRIZA-Regierung haben im Grunde genommen eines bewirkt, und zwar einen noch größeren Teil der griechischen Bevölkerung vom politischen System und auch von der EU zu entfremden. Es liegt daher sowohl am deutsch-französischen Tandem als auch an Griechenland selbst, das Vertrauen der griechischen Bürger(innen) in das europäische Integrationsprojekt so bald wie möglich wiederherzustellen und den oft kontraproduktiven Entwicklungen der vergangenen Jahre konsequent entgegenzuwirken, um wieder einen optimistischen Blick in die Zukunft zu ermöglichen.

Vor dem skizzierten Hintergrund gilt es, in erster Linie eins zu betonen: Selbst, wenn Griechenland in der Zwischenzeit nicht mehr so häufig in den Schlagzeilen zu

sehen ist wie zuvor, bleiben die Probleme des Landes nach wie vor bestehen und werden die EU mit hoher Wahrscheinlichkeit noch eine ganze Zeit lang beschäftigen. Europa konnte zwar eine größere Katastrophe verhindern („Grexit“, Kollaps der gemeinsamen Währung usw.), dennoch ist Griechenland noch nicht aus der Gefahrenzone entronnen und muss erst wieder seinen Platz innerhalb der ‚europäischen Familie‘ finden.

*Sofia Maria Satanakis ist Research Fellow am AIES.*

#### Quellen

- 1) UNHCR, <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/46405>, (Zugriff am 01.02.2018)
- 2) UNHCR, Greece; Sea Arrivals Dashbord, abrufbar unter: <https://data2.unhcr.org/en/documents/download/62219>, (Zugriff am 01.02.2018)
- 3) Statista, Griechenland: Staatsverschuldung von 2007 bis 2017 (in Milliarden Euro), abrufbar unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/167459/umfrage/staatsverschuldung-von-griechenland/> (Zugriff am 08.01.2018)
- 4) Agridopoulos, Aristotelis/Papagiannopoulos, Ilias (Hrsg.), Griechenland im europäischen Kontext. Krise und Krisendiskurse, Wiesbaden 2016, S. 3
- 5) EFKA, [http://www.efka.gov.gr/\\_stats/stat\\_report\\_results.cfm](http://www.efka.gov.gr/_stats/stat_report_results.cfm) (Zugriff am 01.11.2017)
- 6) Griechische Statistikbehörde ELSTAT, <http://www.statistics.gr/> (Zugriff am 01.11.2017)
- 7) Georgakopoulos, Thodoris, Tax Evasion in Greece – A Study, Juni 2016, diaNEOSis Research and Policy Institute, abrufbar unter: <https://www.dianeosis.org/en/2016/06/tax-evasion-in-greece/> (Zugriff am 03.11.2017)
- 8) Statista, Statistiken zum Urlaubsland Griechenland, abrufbar unter: <https://de.statista.com/themen/2017/urlaubsland-griechenland/> (Zugriff am 03.11.2017)
- 9) Papaconstantinou, George, Game Over: The Inside Story of the Greek Crisis, 1. Aufl., Athen 2016, S. 12
- 10) Die gesamte Rede von Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron in Athen ist abrufbar unter: Französische Botschaft, <https://de.ambafrance.org/Staatspraesident-Macron-in-Athen-Vorschlaege-fur-eine-Neugrundung-Europas> (Zugriff am 06.11.2017)
- 11) SETE Intelligence, Statistical Bulletin No. 36–December 2017, SETE Institute, Athens, abrufbar unter: [http://www.insete.gr/Portals/0/statistics/statistiko-deltio-12-2017\\_EN.pdf](http://www.insete.gr/Portals/0/statistics/statistiko-deltio-12-2017_EN.pdf), S. 17 (Zugriff am 08.11.2017)



© Austria Institut für Europa- und Sicherheitspolitik, 2018

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder vergleichbare Verwendungen von Arbeiten des Austria Instituts für Europa- und Sicherheitspolitik (AIES) sind auch in Auszügen nur mit vorheriger Genehmigung gestattet. Die im AIES-Fokus veröffentlichten Beiträge geben ausschließlich die Meinung der jeweiligen Autorinnen und Autoren wieder.

Dr. Langweg 3, 2410 Hainburg/Donau  
Tel. +43 (1) 3583080  
E-Mail: [office@aies.at](mailto:office@aies.at)  
Website: [www.aies.at](http://www.aies.at)  
Layout: Medienbüro Meyer